



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen

Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW

Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag der AfD: Temporäre Einstellung der Zusammenarbeit der Landesregierung mit dem Zentralrat der Muslime (ZMD)

Platz des Landtags 1

D-40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-4408

Fax: (0211) 884-3677

E-Mail: stefan.lenzen

@landtag.nrw.de

Düsseldorf,

18.09.2019

- Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Als NRW-Koalition wollen wir einen Islam-Dialog, der die Vielfalt muslimischen Engagements abbildet. Dazu gehören auch weltoffene und liberale Akteure und Verbände. Wir wollen gerade nicht Ditib und Diyanet die Hoheit über den Islam-Dialog in NRW überlassen. Wir wollen nicht, dass Muslimbrüder oder gar Salafisten das Islam-Bild in NRW prägen.

Der uns heute vorliegende Antrag macht aber genau das: das Bild des Islams auf eine kleine radikale Gruppe zu beschränken. Das wäre in etwa so, wenn die AfD das Bild von Deutschland prägen würde. Beides ist, Gott sein Dank, nicht so.

Um dieses schräge Bild, das hier im Antrag gezeichnet wird, zu korrigieren, haben wir den Islam-Dialog neu ausgerichtet. Der Islam ist mehr als radikale oder konservative Strömungen.

Der Zentralrat der Muslime besteht auch mehr als vier Mitgliedsverbänden. Dass dort Verbände, mit einer Nähe zur Muslimbruderschaft tätig sind, ist inakzeptabel. Den Dialog einzustellen, ist aber genau der falsche Weg. Der ZMD ist einer der größten Dachverbände muslimischer Organisationen in Deutschland und in NRW. Ihn auszuschließen, bedeutet einen Großteil der Muslime in NRW aus dem Dialog auszuschließen. Ausgrenzung kann im schlimmsten Fall zu einer Radikalisierung führen. Das mag das Ziel der Antragsteller, aber nicht unser Ziel, sein.

Wir wollen ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in Nordrhein-Westfalen. Grundlage dafür ist die Werteordnung unseres Grundgesetzes: die Gleichberechtigung von Mann und Frau, von Menschen unterschiedlicher sexueller Identität, von Menschen mit und ohne Behinderung, von Menschen unterschiedlicher Herkunft sowie von Menschen anderen Glaubens oder ohne.

Wir alle wissen, dass es noch ein Stück Arbeit aller Demokratinnen und Demokraten ist, bis Diskriminierung und Ausgrenzung der Vergangenheit angehören. Wir wissen auch, dass nicht einmal alle Fraktionen in diesem Hause die Werte des Grundgesetzes leben.

Wir suchen den Dialog, um Veränderungen zu erwirken und wir gehen konsequent gegen die vor, die unsere Grundordnung und unsere Gesetze in Frage stellen. Dafür braucht es diesen Antrag nicht.

Mit der Koordinierungsstelle „Muslime in NRW“ haben wir eine Plattform geschaffen, um den Dialog mit dem Islam auf eine neue, breitere Grundlage zu stellen. Dazu gehört u.a. das „Forum muslimische Zivilgesellschaft“. Ich bin mir sicher, dass dieses Forum genutzt wird, um mit dem Teilnehmer auch kritische Fragen zu diskutieren.

Muslime und Muslima gehören zu Nordrhein-Westfalen, sie leisten ihren Beitrag zum Wohlstand und zur Vielfalt unserer Heimat. Wir werden weiterhin den Dialog suchen und uns gemeinsam für ein friedliches und tolerantes NRW einsetzen.

Vielen Dank!